

Niederschrift 2025

über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Montag, 17.11., Dienstag, 18.11.2025; Rathausaal 101, Willi-Hörter-Platz 1,
zu der am 04.11.2025 eingeladen worden war.

Anwesend sind - zum Teil zeitweise -:

Vorsitzender des Gremiums Herr Oberbürgermeister David Langner

**Vorsitzende/r Ratsfraktion CDU
Ratsfraktion CDU**
Herr Stephan Otto
Herr Bert Flöck
Herr Marius Jakob
Frau Monika Sauer
Herr Rudolf Kalenberg
Herr Tim Josef Michels
Herr August Hollmann
Frau Daniela Nowak

**Vorsitzende/r Ratsfraktion Bündnis 90/
DIE GRÜNEN
Ratsfraktion Bündnis 90/
DIE GRÜNEN**
Frau Kim Theisen
Herr Dr. Ulrich Kleemann
Frau Alexandra Kaatz
Herr Michael Kock
Frau Christine Reeka
Herr Dominik Schmidt
Frau Dorothea Meinold

**Vorsitzende/r Ratsfraktion SPD
Ratsfraktion SPD**
Frau Marion Lipinski-Naumann
Herr Fritz Naumann
Frau Dr. Anna Köbberling
Frau Ute Wierschem
Frau Anke Holl

**Vorsitzende/r Ratsfraktion AfD
Ratsfraktion AfD**
Herr Joachim Paul
Herr Fabian Geissler
Herr Fabian Becker
Frau Isabel Michel
Herr Alexander Lust

**Vorsitzende/r Ratsfraktion FW
Ratsfraktion FW**
Herr Stephan Wefelscheid
Herr Christian Altmaier
Herr Edgar Kühenthal

**Vorsitzende/r Ratsfraktion DIE LINKE-
PARTEI**
Herr Oliver Antpöhler-Zwiernik

Ratsfraktion DIE LINKE-PARTEI

Frau Lorian Metzger
Herr Kevin Wilhelm
Herr Florian Niedt

**Vorsitzende/r Ratsfraktion WGS
Ratsfraktion WGS**

Frau Anna-Maria Plato
Herr Manfred Diehl

**Vorsitzende/r Ratsfraktion FDP
Ratsfraktion FDP**

Herr Christoph Schöll
Herr David Josef Hennchen

Personalrat

Frau Sandra Müller
Frau Gabriele Schwarz

Stadtvorstand

Frau Bürgermeisterin Ulrike Mohrs
Herr Beigeordneter Ingo Schneider
Herr Beigeordneter Prof. Dr. Andreas Lukas

Ortsbeiräte

Herr Thomas Jost, Ortsvorsteher Lay

Verwaltung

Herr Yannick Heller, Dezernatsbüro FB 02
Frau Claudia Maximini, Dezernatsbüro FB 02

Herr Martin Düpper, Dezernatsbüro FB 03
Herr Christian Stein, Dezernatsbüro FB 04
Herr Tobias Weiß-Bollin, Dezernatsbüro FB 04

Amt 20/ Kämmerei und Steueramt

Herr Rainer Grings
Herr Jakob Löwen
Frau Martina Necknig
Herr Frank Böckling
Herr Dominik Müller
Frau Verena Hommer
Frau Rebecca Milles
Frau Jana Giza

**Amt 01/ Büro des Oberbürgermeisters/
Zentrale Angelegenheiten**

Herr Perry Metten-Golly
Herr Maik Gombert
Frau Dagmar Körner
Herr Markus Mannebach
Herr Thomas Steinebach

Amt 07/ Gleichstellungstelle

Frau Meike Baumann

**Amt 10/ Amt für Personal und
Organisation**

Herr Stefan Kux
Frau Elisa Retzmann
Frau Rebeka Prangenberg

Amt 14/ Rechnungsprüfungsamt

Herr Marco Karbach

Amt 21/ Stadtkasse

Frau Bianca Kaut

Amt 31/ Ordnungsamt

Herr Markus Schmitt
Herr Yannick Hell
Frau Beate Oster
Herr Fabian Schiller
Herr Marvin Neuzerling
Herr Manuel Fuhrmann

Amt 34/ Bürger- und Standesamt

Herr Rainer Adamy

Amt 36/ Umweltamt
Herr Johannes Mader
Frau Sabine Kapell

**Amt 37/ Amt für Brand- und
Katastrophenschutz**
Herr Meik Maxeiner

Amt 40/ Kultur- und Schulverwaltungsamt
Herr Jürgen Karbach

Amt 42/ Stadtbibliothek
Frau Susanne Ott

Amt 43/ Volkshochschule
Frau Nicole Kuprian
Frau Astrid Müller

Amt 44/ Musikschule
Herr Dominik Grimm

Amt 45/ Mittelrhein-Museum
Herr Dr. Matthias von der Bank

Amt 45/ Ludwig-Museum
Frau Prof. Dr. Beate Reifenscheid-Ronnisch
Herr Thomas Rinck

Amt 46/ Stadttheater
Herr Markus Dietze
Herr Raimund Lehmkuhler

Amt 47/ Stadtarchiv
Frau Dr. Katharina Thielen

Amt 50/ Sozialamt
Herr Thomas Putz
Frau Saskia Hartwig

Amt 51/ Jugendamt
Herr Peer Pabst
Frau Lena Steinseifer

Amt 52/ Sport- und Bäderamt
Herr Jörg Pfeffer
Frau Stefanie Halbedel
Herr Michael Weyh

**Amt 61/ Amt für Stadtentwicklung und
Bauordnung**
Herr Sebastian Althoff
Frau Sonja Thiyagarajah
Herr Thomas Hillesheim

**Amt 62/ Amt für Stadtvermessung und
Bodenmanagement**
Herr Michael Heisser
Frau Helene Lebsack

Amt 65/ Zentrales Gebäudemanagement
Herr Josef Heinen
Herr Marcel Meffert
Frau Ruta Wenz

Amt 66/ Tiefbauamt
Herr Dr. Kai Mifka
Herr Andreas Schilling
Frau Anja May

Amt 80/ Amt für Wirtschaftsförderung
Herr Dr. Stefan Weiler

**EB 17/ Eigenbetrieb Kommunales
Rechenzentrum**
Herr Andreas Warth

**EB 67/ Eigenbetrieb Grünflächen- und
Bestattungswesen**
Frau Lena Wagner
Herr Oliver Stracke
Frau Christina Pott
Frau Paulina Braun

**EB 70/ Eigenbetrieb Kommunaler
Servicebetrieb Koblenz**
Herr Marc Danne
Herr Joachim Gerhartz

EB 83/ Eigenbetrieb Koblenz-Touristik
Herr Jochen Benekenstein-Schultheiß

EB 85/ Eigenbetrieb Stadtentwässerung
Herr Bernhard Mohrs

Sitzungsverlauf: Montag, 17.11.2025: Beginn 09:00 Uhr, Ende 20:00 Uhr
Dienstag, 18.11.2025: Beginn 09:00 Uhr, Ende 15:30 Uhr

Die Tagesordnung wird wie folgt abgewickelt:

Tagesordnung:

- Punkt 1:** Beratung und Beschlussfassung des Haushaltsplanentwurfs 2026 einschließlich Wirtschaftspläne und Stellenplan
Vorlage: BV/0579/2025
- Punkt 2:** 5. Satzung zur Änderung der Marktsatzung vom 18.03.2002 – Erhöhung der Standgebühren zur Teilnahme an den städtischen Flohmärkten
Vorlage: BV/0602/2025
- Punkt 3:** Erhöhung der Essensbeiträge in städtischen Kindertagesstätten
Vorlage: BV/0610/2025
- Punkt 4:** Anpassung Badmiete der Schwimmbäder sowie der Kursgebühr der städt. Schwimmkurse
Vorlage: BV/0574/2025/1
- Punkt 5:** Anpassung der Gebührensatzung für die Musikschule der Stadt Koblenz ab dem Schuljahr 2026/2027
Vorlage: BV/0619/2025
- Punkt 6:** Anpassung der Eintrittspreisregelung für das Theater Koblenz ab der Spielzeit 2026/2027
Vorlage: BV/0620/2025
- Punkt 7:** 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe und des Krematoriums der Stadt Koblenz vom 20.12.2005
Vorlage: BV/0364/2025/1
- Punkt 8:** Siebte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer – Hundesteuersatzung (HStS)
Vorlage: BV/0603/2025

Allgemeines:

Oberbürgermeister Langner eröffnet die Sitzung und weist auf den von der Verwaltung erstellten zeitlichen Ablaufplan hin. Anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 1**) werden die aktuellen Eckwerte des Haushaltsplanentwurfs 2026 vorgestellt. Es wird zudem darauf hingewiesen, dass aufgrund der äußerst schwierigen Haushalts- und Finanzlage weiterhin eine strikte Haushaltsdisziplin gefordert ist. Im Haushaltsgenehmigungsverfahren ist der ADD nachzuweisen, dass die Stadt Koblenz alles ihr Mögliche zur Reduzierung des Defizits unternommen hat und das Defizit damit unabweisbar ist. Die Verwaltung hat weitere

einnahmenseitige Konsolidierungen vorgesehen, die moderate Erhöhungen insbesondere im Bereich der Gebühren, Beiträge und Entgelte vorsehen (TOP 2 bis 8). Die Tagesordnungspunkte 2 bis 8 werden im Rahmen der Etatberatungen beim jeweiligen Produkt/ Projekt behandelt.

Darüber hinaus stellt Amtsleiter Kux (Amt 10) ebenfalls anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 2**) die Entwicklungen bei den Personalkosten vor.

Im Verlaufe der zweitägigen Haushaltsberatungen 2026 ergaben sich verschiedene Arbeitsaufträge an die Verwaltung. Die Punkte, die kurzfristig bis zur HuFA-Sitzung am 01.12.2025 beantwortet werden konnten, sind diesem Protokoll als **Anlage 3** beigelegt. Die Arbeitsaufträge, die einen größeren Bearbeitungsaufwand in Anspruch nehmen und noch von der Verwaltung abzarbeiten sind, sind in **Anlage 4** aufgeführt. Die in den Anlagen 3 und 4 enthaltenen Punkte sind grundsätzlich in diesem Protokoll nicht noch einmal aufgeführt. Des Weiteren sind die Stellungnahmen der Verwaltung im Rahmen der Anhörung der Ortsbeiräte zum Haushaltsplanentwurf 2026 als **Anlage 5** diesem Protokoll beigelegt. Darüber hinaus finden sich in den **Anlagen 6** und **7** alle im Rahmen der Etatberatungen gegenüber dem Druckwerk beschlossenen Änderungen.

Teilhaushalt 01 – Innere Verwaltung

Produkt 1114 (Gremien), Seite 99

Fraktionsvorsitzende Plato (WGS) beantragt eine weitere Lautsprecheranlage anzuschaffen und hebt u. a. die Relevanz in Sachen Menschenrechte und Barrierefreiheit hervor.

Amtsleiter Golly (Amt 01) regt an, den nötigen Ansatz vor einer Entscheidung nochmals zu prüfen und eine Kostenschätzung zu erstellen.

Oberbürgermeister Langner bestätigt die Problematik mehrerer gleichzeitig stattfindender Sitzungen und erklärt, dass der Punkt zeitnah in die Abstimmung eingebracht werden solle.

Fraktionsvorsitzender Antpöhler-Zwiernik (Die Linke-PARTEI) erklärt Zustimmung und platziert einen ergänzenden Hinweis hinsichtlich einer Abstimmungsfunktion.

Fraktionsvorsitzender Otto (CDU) bittet um Prüfung, ob auch eine Lösung über den konsumtiven Haushalt möglich ist.

Abstimmungsergebnis: Keine Abstimmung

Projekt P011001 (Förderprogramm „500-Dächer-Programm“), Seite 106

Ratsmitglied Kalenberg (CDU) stellt einen Antrag auf die Etatisierung von weiteren 50.000 Euro um weiterhin Anreize zur Mitwirkung an erneuerbaren Energien für private Haushalte zu schaffen.

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) weist auf die defizitäre Haushaltslage und den freiwilligen Charakter der Maßnahme hin. Zudem äußert sie hinsichtlich der Effektivität des Förderprogramms Zweifel, da die Förderung meist als Mitnahmeeffekt für eine Investition verstanden wird.

Ratsmitglied Flöck (CDU) weist darauf hin, dass auch andere Klimaschutzprojekte Zustimmung gefunden haben, auch wenn es sich um den freiwilligen Leistungsbereich handelt.

Oberbürgermeister Langner weist darauf hin, dass Klimaschutz/ Klimaanpassung weiterhin wichtig ist und bleibt. Es geht gezielt um dieses Förderprogramm und seine Durchschlagskraft.

Ratsmitglied Kaatz (Die Grünen) regt an, die zusätzlichen Haushaltsmittel für ein anderes Klimaschutzprogramm im Haushalt aufzunehmen.

Fraktionsvorsitzender Wefelscheid (FW) berichtet von positiven Effekten im betroffenen Geschäftsfeld und unterstreicht die Meinung, dass das Programm nunmehr guten Gewissens auslaufen kann.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt

Produkt 1116 (Gleichstellung), Seite 109

Fraktionsvorsitzender Antpöhler-Zwiernik (Die Linke-PARTEI) beantragt zum einen die redaktionelle Anpassung des Ziels auf „frauen- und queerrelevante Themen“. Zum anderen sollen Haushaltsmittel von 1.000 Euro für die Mitgliedschaft der Stadt Koblenz im Rainbow City-Netzwerk etatisiert werden.

Oberbürgermeister Langner unterstützt die redaktionelle Anpassung und äußert im Hinblick auf die Mitgliedsbeiträge Bedenken, da aufgrund der stark angespannten Haushaltslage von neuen freiwilligen Leistungen abzusehen ist.

Fraktionsvorsitzende Theisen (Die Grünen) sieht die Mitgliedschaft als richtungsweisend an, um mögliche Fördergelder zu erhalten.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich beschlossen

Projekt Q100004 (Darlehen an Mitarbeitende zum Kauf von E-Bikes/ Pedelecs/ Fahrrädern/ Lastenfahrrädern), Seite 162

Fraktionsvorsitzender Wefelscheid (FW) beantragt die Reduktion der Haushaltsmittel auf 5.000 Euro.

Amtsleiter Kux (Amt 10) führt aus, dass es hierbei um ein Modell der Vergangenheit handelt, welches durch das Jobbike abgelöst wird. Es werden jedoch nicht alle Mitarbeitenden für ein Jobbike in Frage kommen. Das Mitarbeitendendarlehen wird als Ausweidlösung für diesen Personenkreis genutzt. Der Ansatz kann leicht reduziert werden, das Projekt sollte allerdings erhalten bleiben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

Teilhaushalt 02 – Bürgerdienste

Keine Anträge

Teilhaushalt 03 – Umwelt

Keine Anträge

Teilhaushalt 04 – Wirtschaft

Keine Anträge

Teilhaushalt 05 – Sicherheit und Ordnung

Produkt 1212 (Wahlen), Seite 227

Fraktionsvorsitzender Wefelscheid (FW) fragt an, warum bei den Wahlen externe Fahrzeuge angemietet werden und der Bedarf nicht über den städtischen Fuhrpark abgewickelt werden kann.

Bürgermeisterin Mohrs antwortet, dass vor und nach einer anstehenden Wahl sowie am Wahlwochenende eine hohe Anzahl von Fahrten anfallen. Der in dieser Zeit anfallende hohe Bedarf kann nicht komplett über den städtischen Fuhrpark aufgefangen werden. Zudem werden für die Durchführung der Wahlen auch bestimmte Fahrzeuge, wie z. B. Kleinbusse, angemietet, die ansonsten nicht benötigt werden.

Herr Fuhrmann (Amt 31) führt ergänzend aus, dass am Wahlwochenende ein 7,5-Tonner Lastwagen und ein Kleintransporter mit langem Radstand, mit dem u. a. auch Möbel transportiert werden müssen, benötigt werden. Die beiden vorgenannten Fahrzeuge besitzt die Stadt Koblenz nicht in seinem Fuhrpark. Auch im Briefwahlzeitraum von rd. 5 Wochen werden zusätzlich noch zwei PKWs benötigt, welche täglich für mehrere Fahrten (u. a. zum Briefwahlbüro und Postzentrum) genutzt werden.

Produkt 5732 (Märkte, Kirmesse (BgA)), Seite 252

Zu TOP 2: 5. Satzung zur Änderung der Marktsatzung vom 18.03.2002 – Erhöhung der Standgebühren zur Teilnahme an den städtischen Flohmärkten
Vorlage: BV/0602/2025

Ratsmitglied Hennchen (FDP) fragt nach, ob die Erhöhung der Standgebühren nur die Teilnahme an den städtischen Flohmärkten oder auch die Kirmessen betrifft.

Herr Schmitt (Amt 31) antwortet, dass bei der Erhöhung der Standgebühren nur die Teilnahmen an den städtischen Flohmärkten betroffen sind.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

Projekt: Z311001 (Neubau Ordnungsamt), Seite 256

Ratsmitglied Hennchen (FDP) fragt nach, ob aufgrund eines überschrittenen Schwellenwertes eine europaweite Ausschreibung erforderlich sei.

Amtsleiter Heinen (Amt 65) weist darauf hin, dass auf Basis der voraussichtlichen Gesamtkosten entweder ein Architektenwettbewerb oder eine europaweite Ausschreibung in Betracht zu ziehen sei. Daher kann der Haushaltsansatz 2026 nicht reduziert werden.

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) fragt an, ob zwingend ein Architektenwettbewerb erforderlich sei, da es sich um Zweckbauten handele.

Ratsmitglied Flöck (CDU) spricht sich aufgrund negativer Erfahrungen aus vergangenen Wettbewerben ebenfalls dagegen aus.

Oberbürgermeister Langner hält fest, dass auf einen Architektenwettbewerb verzichtet werden soll.

Teilhaushalt 06 – Soziales und Jugend

Produkt 3131 (Hilfen für Asylbewerber), Seite 315

Fraktionsvorsitzender Paul (AfD) bittet um Aufnahme nachfolgender Aussage ins Protokoll:

Er weist darauf hin, dass es seiner Meinung nach ein Fehler war, die Bezahlkarte für Geflüchtete in Koblenz nicht einzuführen. Seines Erachtens sei nicht nur eine Bezahlkarte, sondern eine

Sachleistungskarte sinnvoll, da eine Bargeldauszahlung zu einer Ausnutzung des Sozialstaats führen würde.

Produkt 3311 (Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege), Seite 342

Fraktionsvorsitzender Otto (CDU) beantragt den Ansatz 2026 in Zeile 12 um 26.000 Euro zu erhöhen.

Fraktionsvorsitzende Theisen (Die Grünen) regt an, die Angelegenheit nochmal am im Haupt- und Finanzausschuss am 01.12.2025 zu thematisieren.

Fraktionsvorsitzender Otto (CDU) stimmt ebenfalls zu, die Beratung auf den 01.12.2025 zu verschieben. Er weist aber darauf hin, dass er -soweit keine anderen Finanzierungsmöglichkeiten gefunden werden- auch den Finanzierungsvorschlag der CDU nochmal zur Debatte stellen wird (Einsparung der Zinsleistung).

Abstimmungsergebnis: Keine Abstimmung

Produkt 3621 (Jugendarbeit), Seite 375

Ratsmitglied Nowak (CDU) beantragt eine Ansatzerhöhung um 5.000 Euro sowie künftig einen Inflationsausgleich für die Jugendkunstwerkstatt Koblenz e. V. (JuKuWe), da diese bisher noch keine Zuschusserhöhung erhalten haben.

Ratsmitglied Schmidt (Die Grünen) unterstützt den Vorschlag.

Bürgermeisterin Mohrs weist darauf hin, dass es zwar richtig ist, dass die JuKuWe bisher noch keine Zuschusserhöhung erhalten hat. Dies gilt aber auch für die vielen anderen Vereine.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich beschlossen

Produkt 3651 (Tageseinrichtungen für Kinder), Seite 388

Zu TOP 3: Erhöhung der Essensbeiträge in städtischen Kindertagesstätten
Vorlage: BV/0610/2025

Ratsmitglied Schmidt (Die Grünen) gibt an, dass die Fraktion die Erhöhung kategorisch ablehnt. Amtsleiter Pabst (Amt 51) weist darauf hin, dass in einer städtischen Kita bereits kostendeckend gekocht wird und daher die Erhöhung im Sinne der Gleichbehandlung geboten sei.

Oberbürgermeister Langner gibt außerdem zu bedenken, dass die Essensbeiträge seit nunmehr 16 Jahren nicht erhöht wurden.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt

Teilhaushalt 07 – Sport

Produkt 4211 (Förderung des Sports), Seite 423

Ratsmitglied Naumann (SPD) beantragt den Haushaltsansatz 2026 für Zuschüsse zu Sportveranstaltungen um 50.000 Euro auf insgesamt 100.000 Euro zu erhöhen.

Ratsmitglied Sauer (CDU) erwidert, dass die Verwaltung im Sport- und Bäderausschuss über Veranstaltungsanträge in 2026 informiert hat. In 2026 sind keine großen Veranstaltungen vorgesehen, daher ist der Ansatz von 50.000 Euro ausreichend. Wenn für 2027 große Veranstaltungen geplant werden, kann der Ansatz in 2027 erhöht werden.

Oberbürgermeister Langner plädiert, den Ansatz von 50.000 Euro in 2026 beizubehalten. Wenn in den nächsten Jahren Ideen für große Sportveranstaltungen entwickelt werden, wird eine entsprechende Realisierung geprüft.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt

Produkt 4241 (Sportstätten und Bäder), Seite 426

Zu TOP 4: Anpassung Badmiete der Schwimmbäder sowie der Kursgebühr der städt. Schwimmkurse
Vorlage: BV/0574/2025/1

Fraktionsvorsitzende Theisen (Die Grünen) beantragt die von der Verwaltung vorgeschlagenen Preisanpassungen für die Badmiete der Schwimmbäder sowie der Kursgebühr der städt. Schwimmkurse wie folgt zu ändern:

- Schwimmkurs 110,00 Euro
- Schwimmkurs ermäßigt 70,00 Euro
- 25-Meter-Schwimmbecken 35,00 Euro
- Nichtschwimmer 20,00 Euro
- Kursschwimmbecken 35,00 Euro

Abstimmungsergebnis: Vorschlag der Verwaltung: Mehrheitlich abgelehnt,
Antrag der Fraktion „Die Grünen“: Mehrheitlich beschlossen.

P521046 (Erweiterung Bezirkssportanlage Asterstein), Seite 431

Auf Anregung von Ratsmitglied Flöck (CDU) wird der Erläuterungstext dahingehend redaktionell angepasst, dass der Rasenplatz gebaut wird und nicht in Abhängigkeit zur BUGA 2029 steht.

Teilhaushalt 08 – Schulen

Keine Anträge

Teilhaushalt 09 – Kultur

Produkt 2631 (Musikschule), Seite 556

Zu TOP 5: Anpassung der Gebührensatzung für die Musikschule der Stadt Koblenz ab dem Schuljahr 2026/2027
Vorlage: BV/0619/2025

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) bemängelt, dass die Gebühren für die Auswärtigen nicht erhöht werden und sogar laut der neuen Gebührentabelle um einen Euro geringer ausfallen sollen. Die prozentuale Anhebung bei den Gebühren sollte sowohl für die Koblenzer Bürgerinnen und Bürger als auch für die außerhalb von Koblenz lebenden Menschen gelten.

Beigeordneter Schneider antwortet, dass mit dem Beschlussvorschlag die Musikschulgebühren auf den Durchschnitt der Oberzentren in Rheinland-Pfalz angehoben werden sollen. Es besteht auch keine Sorge über mangelnde oder abnehmende Schülerzahlen im Bereich der Musikschule.

Herr Grimm (Leiter Musikschule) erklärt, dass es weiterhin bei einem Aufschlag von 4 % für Auswärtige bleibt und dass es sich lediglich um einen Rechenfehler in der als Anlage beigefügten Tabelle handelt.

Oberbürgermeister Langner sichert zu, dass die Beschlussvorlage nochmals überarbeitet und dem Haupt- und Finanzausschuss am 01.12.2025 zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt wird.

Abstimmungsergebnis: Keine Abstimmung

Produkt 2611 (Stadttheater), Seite 570

Zu TOP 6: Anpassung der Eintrittspreisregelung für das Theater Koblenz ab der Spielzeit 2026/2027

Vorlage: BV/0620/2025

Fraktionsvorsitzende Theisen (Die Grünen) plädiert dafür, dass die Eintrittspreisregelungen überarbeitet werden und noch höher ausfallen sollen.

Ratsmitglied Naumann (SPD) und Fraktionsvorsitzender Schöll (FDP) unterstützen diesen Vorschlag und streben ebenfalls noch höhere Eintrittspreise an.

Fraktionsvorsitzende Otto (CDU) und Wefelscheid (FW) äußern ebenfalls den Wunsch nach einer überarbeiteten Beschlussvorlage für den Haupt- und Finanzausschuss am 01.12.2025.

Die Verwaltung sichert zu, dem Haupt- und Finanzausschuss eine überarbeitete Beschlussvorlage hinsichtlich der Gebührenerhöhung am 01.12.2025 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: Keine Abstimmung

Teilhaushalt 10 – Bauen, Wohnen und Verkehr

Produkt 5111 (Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen), Seite 620

„Lebendige Innenstadt“

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) hätte gerne die Gewissheit, dass beim Projekt „Lebendige Innenstadt“/ Innenstadtmanagement der Verfügungsfonds gedeckelt ist.

Dezernent Prof. Dr. Lukas sagt dies zu.

„Gestaltungsbeirat“

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) bemängelt in Bezug auf den Gestaltungsbeirat die Art der Zusammenarbeit sowie Reihenfolge der Unterlagenbereitstellung und fordert eine geänderte Vorgehensweise.

Ratsmitglied Flöck (CDU) sieht dies weniger kritisch.

Oberbürgermeister Langner ergänzt, dass dieses Thema nochmal grundsätzlich besprochen wird, da es auch ein Vorschlag in der Haushaltsstrukturkommission gewesen ist.

Produkt 5471 (ÖPNV), Seite 636

Ratsmitglied Jakob (CDU) beantragt, für 2026 einen Planungsansatz zur fachlichen Voruntersuchung eines Mobilitätsknotenpunkts auf der Karthause einzustellen. Als Standort soll insbesondere der Park-&-Ride-Parkplatz Simmerner Straße/ Ecke Rüsternallee geprüft werden.

Fraktionsvorsitzenden Wefelscheid (FW) und Schöll (FDP) geben zu bedenken, dass die Parkplätze gebraucht werden.

Die Verwaltung sichert zu, dem Haupt- und Finanzausschuss am 01.12.2025 in Absprache mit der Koveb eine Stellungnahme vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: Keine Abstimmung

Q610007 (Global Lebendige Innenstadt), Seite 642

Fraktionsvorsitzende Theisen (Die Grünen) beantragt eine Ansatzerhöhung um 400.000 Euro auf 500.000 Euro zum Angehen von Maßnahmen.

Ratsmitglied Flöck (CDU) beantragt einen Ansatz von 70.000 Euro für eine Machbarkeitsstudie verbunden mit einer Bauzustandserhebung „Alte Burg“.

Fraktionsvorsitzender Wefelscheid (FW) beantragt einen Ansatz von 80.000 Euro für vier weitere Trinkbrunnen als Klimaanpassungsmaßnahme.

Fraktionsvorsitzender Otto (CDU) bittet zu berücksichtigen, welcher Betrag realistisch umzusetzen ist.

Oberbürgermeister Langner spricht sich gegen öffentliche Trinkbrunnen aus und verweist auf in der Stadt vorhandene Refill-Stationen.

Ratsmitglied Flöck (CDU) schlägt vor, noch im Detail zu beschließen, für welche Maßnahmen die etatisierten Mittel zu verwenden sind.

Unter Berücksichtigung der vorhandenen Ressourcen zur Projektbearbeitung und den zuvor gestellten und erörterten Anträgen wird aus der Mitte des Ausschusses eine Ansatzerhöhung um 250.000 Euro auf 350.000 Euro beantragt. Zudem kommt man überein, in einem bereits terminierten gemeinsamen Gespräch mit Vertretern der Fraktionen am 21.11 2025 festzulegen, welche Einzelmaßnahmen mit den verfügbaren Mitteln umzusetzen sind.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

P611076 (Stadtdorf Arzheim), Seite 652

Der Ortsbeirat Arzheim regt im Rahmen der Anhörung der Ortsbeiräte an, zur Installation von zwei Basketballkörben auf dem Multifunktionsfeld neben der Grundschule Mittel einzustellen.

Oberbürgermeister Langner geht davon aus, dass diese freiwillige Investitionsmaßnahme durch Spendenmittel finanziert werden kann. Herrn Stracke (EB Grünflächen und Bestattungswesen) führt aus, dass zur nachträglichen Installation von einem Basketballkorb Spendenmittel in Höhe von 25.000 Euro benötigt werden.

Abstimmungsergebnis: Installation von einem Korb bei Finanzierung durch Spendenmittel einstimmig beschlossen

In diesem Zusammenhang hat Ratsmitglied Hennchen (FDP) eine Nachfrage zum Thema „Mögliche Umsetzung Cowdfunding-Plattform“. Herr Grings (Kämmerei und Steueramt) sagt zu, zu dieser Thematik auf Herrn Hennchen zuzugehen und entsprechende Informationen und Vorschläge auszutauschen.

P611080 (Stadtgrün Lützel - STOV-Gelände), Seite 654

Auf Anregung von Ratsmitglied Flöck (CDU) wird der Erläuterungstext redaktionell angepasst. Im Rahmen des Nutzungskonzepts werden auch kulturelle Themen Berücksichtigung finden.

P611086 (Brenderweg), Seite 656

Ratsmitglied Flöck beantragt, in den Planjahren 2027 und 2028 die Ansätze zu streichen, da im Hinblick auf die Maßnahme noch Beratungsbedarf besteht.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

P661241 (Neubau Gehweg B49 Kirmesplatz/ Bushaltestelle Obermark, Lay), Seite 784

Der Ortsbeirat Lay regt im Rahmen der Anhörung der Ortsbeiräte an, dass ein Planungsmittelansatz in Höhe von 10.000 Euro für die notwendige Klärung der Machbarkeit und eine Vorplanung etatisiert wird mit dem Ziel, einen durchgehenden Gehweg auf der Dorfseite zwischen der Bushaltestelle Obermark und dem Kirmesplatz zu prüfen und planerisch vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis: Anregung Ortsbeirat Lay einstimmig beschlossen

Produkt 5511 (Öffentliches Grün), Seite 794

„Vogelschutzpark Karthause“

Ratsmitglied Jakob (CDU) beantragt, dass Mittel für den Vogelschutzpark Karthause zur Renaturierung etatisiert werden. Er teilt mit, dass der Vogelschutzpark ein wichtiger Lebensraum sei, der für zahlreiche Tierarten einen lebensnotwendigen Naturraum darstellt. Es soll ein ornithologisches Gutachten erstellt und konkrete Vorschläge zu Schutz-, Revitalisierungs- und Renaturierungsmaßnahmen erarbeitet und umgesetzt werden.

Oberbürgermeister Langner weist darauf hin, dass es sich nicht um eine Maßnahme handelt, die zwingend erforderlich sei.

Fraktionsvorsitzender Wefelscheid (FW) ist der Auffassung, dass es um die Revitalisierung des Vogelschutzparkes geht. Es soll für die Vögel Flächen geschaffen werden (z. B. durch Reduzierung der Dornhecken), damit diese sich wieder vermehrt dort ansiedeln können.

Fraktionsvorsitzende Theisen (Die Grünen) teilt mit, dass sie eine Stellungnahme der Verwaltung benötigt, um eine Entscheidung treffen zu können.

Oberbürgermeister Langner stellt fest, dass die Angelegenheit nach einer erfolgten Stellungnahme der Verwaltung im Haupt- und Finanzausschuss am 01.12.2025 erneut zu beraten ist.

Abstimmungsergebnis: keine Abstimmung

Teilhaushalt 11 – Zentrale Finanzleistungen

Produkt 6111 (Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen), Seite 810

Zu TOP 8: Siebte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer – Hundesteuersatzung (HStS)

Vorlage: BV/0603/2025

Fraktionsvorsitzende Theisen (Die Grünen) stellt folgenden Änderungsantrag:

- Ersthund: 120 Euro (bisher 108 Euro, vorgeschlagene Erhöhung auf 144 Euro)
- Zweithund: 162 Euro (bisher 144 Euro, vorgeschlagene Erhöhung auf 180 Euro)
- Weitere Hunde: 210 Euro (bisher 192 Euro, vorgeschlagene Erhöhung auf 228 Euro)
- Gefährliche Hunde: 960 Euro, Steuerermäßigung bei Vorlage eines bestandenen, standardisierten Wesenstests sowie alle zwei Jahre den für RLP gültigen Hundeführerschein

auf das Niveau der Steuersätze für Ersthund, Zweithund oder weiteren Hund (bisher 700 Euro, vorgeschlagene Erhöhung auf 792 Euro)

Amtsleiter Grings (Kämmerei und Steueramt) bittet darum, nach Möglichkeit Beträge zu beschließen, die durch 12 Monate glatt teilbar sind, da Hunde während des Jahres angemeldet werden.

Ratsmitglied Wilhelm (Die Linke-Partei) stellt den Änderungsantrag, den Steuersatz beim Ersthund nicht zu erhöhen, sowie Steuerfreiheit für Hunde aus Tierheimen, die älter als sieben Jahre sind, zu gewähren.

Fraktionsvorsitzende Otto (CDU), Plato (WGS) und Schöll (FDP) lehnen mit dem Hinweis auf den Eckwertebeschluss, dass keine Steuern erhöht werden, jede Erhöhung des Hundesteuersatzes ab.

Fraktionsvorsitzender Wefelscheid (FW) unterstützt den Änderungsantrag der Grünen.

Fraktionsvorsitzende Theisen (Die Grünen) stellt in der Folge nachfolgenden neuen Änderungsantrag, über den abgestimmt wird.

- Ersthund: 108 Euro (keine Erhöhung)
- Zweithund: 180 Euro
- Weitere Hunde: 216 Euro
- Gefährliche Hunde: 960 Euro, Steuerermäßigung bei Vorlage eines bestandenen, standardisierten Wesenstests sowie alle zwei Jahre den für RLP gültigen Hundeführerschein auf das Niveau der Steuersätze für Ersthund, Zweithund oder weiteren Hund
- Steuerfreiheit für Hunde aus Tierheimen, die älter als sieben Jahre sind

Amtsleiter Grings (Kämmerei und Steueramt) merkt an, dass die Steuerfreiheit für Hunde aus Tierheimen, die älter als sieben Jahre sind, noch rechtlich zu prüfen ist.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich beschlossen (vorbehaltlich rechtlicher Prüfung bis zur HuFA-Sitzung 01.12.2026)

Wirtschaftspläne:

Hinsichtlich der nachfolgenden Entwürfe der Wirtschaftspläne 2026:

Forstwirtschaftliche Unternehmen der Stadt Koblenz

EB 17 / Kommunales Gebietsrechenzentrum Koblenz

EB 67 / Grünflächen- und Bestattungswesen

EB 70 / Kommunaler Servicebetrieb Koblenz

EB 83 / Rhein-Mosel-Halle

EB 85 / Stadtentwässerung

ergeben sich keine Änderungen.

EB 67 / Grünflächen- und Bestattungswesen

Zu TOP 7: 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe und des Krematoriums der Stadt Koblenz vom 20.12.2005

Vorlage: BV/0364/2025/1

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Stellenplan:

Keine Anträge

Die Protokollführenden:

Jakob Löwen

Allgemeine Einführung

Martina Necknig

Anwesenheit,

Teilhaushalt 10 - Bauen, Wohnen und Verkehr, Amt 61/ Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung,

Teilhaushalt 11 - Zentrale Finanzleistungen

Rebecca Milles

Teilhaushalt 3 - Umwelt,

Teilhaushalt 7 - Sport,

Teilhaushalt 10 - Bauen, Wohnen und Verkehr, Amt 66/ Tiefbauamt

Jana Giza

Teilhaushalt 2 - Bürgerdienste,

Teilhaushalt 4 - Wirtschaft,

Teilhaushalt 6 - Soziales und Jugend,

Teilhaushalt 10 - Bauen, Wohnen und Verkehr, Amt 62/ Amt für Stadtvermessung und Bodenmanagement

Dominik Müller

Teilhaushalt 5 - Sicherheit und Ordnung,

Teilhaushalt 9 - Kultur

Verena Hommer

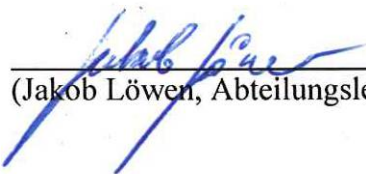
Teilhaushalt 1 - Innere Verwaltung,

Teilhaushalt 8 - Schulen

Frank Böckling

Teilhaushalt 10 - Bauen, Wohnen und Verkehr, Amt 65/ Zentrales Gebäudemanagement, EB 67/ EB Grünflächen- und Bestattungswesen,
Wirtschaftspläne

Im Auftrag:



(Jakob Löwen, Abteilungsleitung)

Der Vorsitzende:



(Oberbürgermeister)

Koblenz, 04.02.2026